

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Ausschussdienst und Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Wirtschaftsausschuss

25. Sitzung

am Mittwoch, dem 27. Juni 2001, 9:05 Uhr
im Sitzungszimmer 249 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

| | |
|---|--------------------------------------|
| Roswitha Strauß (CDU) | Vorsitzende |
| Klaus-Dieter Müller (SPD) | |
| Wilhelm-Karl Malerius (SPD) | in Vertretung von Birgit Herdejürgen |
| Thomas Rother (SPD) | |
| Anna Schlosser-Keichel (SPD) | in Vertretung von Hermann Benker |
| Bernd Schröder (SPD) | |
| Uwe Eichelberg (CDU) | |
| Dr. Trutz Graf Kerssenbrock (CDU) | |
| Brita Schmitz-Hübsch (CDU) | |
| Christel Aschmoneit-Lücke (FDP) | |
| Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) | |

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

| Tagesordnung: | Seite |
|--|--------------|
| 1. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Sparkassengesetzes für das Land Schleswig-Holstein | 6 |
| Gesetzentwurf der Fraktion der FDP Drucksache 15/578 | |
| 2. Die Zukunft des ÖPNV in Schleswig-Holstein | 7 |
| Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/947 | |
| 3. Bahnpolitisches Konzept der Landesregierung für das Land Schleswig-Holstein | 10 |
| Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/971 | |
| 4. a) Entwurf eines Gesetzes zur Vergabe von öffentlichen Aufträgen im Land Schleswig-Holstein (Landes-Vergabegesetz) | 11 |
| Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW Drucksache 15/957 | |
| b) Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen | |
| Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 15/958 | |
| c) Auftragsvergabe | |
| Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/1009 | |

| | |
|---|-----------|
| 5. Schwarzarbeit in Schleswig-Holstein | 12 |
| Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP Drucksache 15/960 | |
| 6. Situation der Außenhandelswirtschaft in Schleswig-Holstein | 18 |
| Bericht der Landesregierung Drucksache 15/812 (neu) | |
| 7. Metropolregion Hamburg | 20 |
| Bericht der Landesregierung Drucksache 15/905 | |
| 8. Wirtschaftsbericht 2001 | 21 |
| Bericht der Landesregierung Drucksache 15/920 | |
| 9. Privatfinanzierung der Elbquerung | 22 |
| Bericht der Landesregierung Drucksache 15/907 | |
| 10. Terminplanung | 23 |
| hierzu: Umdruck 15/1088 (neu) | |
| 11. Verschiedenes | 23 |

12. a) Tätigkeit der Technologiestiftung Schleswig-Holstein 1999 **13**

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/326

hierzu: Umdruck 15/1221

**b) Präsentation des Arbeitsprogramms der TSH durch den
Direktor, Herrn Prof. Dr. Block**

hierzu: Umdruck 15/1221

Die Vorsitzende, Abg. Strauß, eröffnet die Sitzung um 9:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Sparkassengesetzes für das Land Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP
Drucksache 15/578

hierzu: Umdrucke 15/692, 15/803-15/806, 15/812, 15/815, 15/827, 15/828,
15/834, 15/837, 15/838, 15/851, 15/868, 15/1074,
15/1177

(überwiesen am 14. Dezember 2000 an den **Innen- und Rechtsausschuss**, den Wirtschaftsausschuss und den Finanzausschuss)

Einvernehmlich kommen die Ausschussmitglieder nach kurzer Diskussion überein, die Beratung über die Vorlage in der heutigen Sitzung zurückzustellen und zunächst das Ergebnis der auch auf EU-Ebene laufenden Gespräche abzuwarten.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Die Zukunft des ÖPNV in Schleswig-Holstein

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/947

(überwiesen am 31. Mai 2001 zur abschließenden Beratung)

Auf Fragen der Abgeordneten Eichelberg und Hentschel führt AL Dr. Eggers im Zusammenhang aus, dass zurzeit sowohl bei den Rahmenbedingungen des ÖPNV im Land als auch beim Ansatz der Regionalisierungsmittel die Dinge im Fluss und abhängig von den Haushaltsentscheidungen des Landtages seien. Davon sei es auch abhängig, wie sich Entscheidungen bezüglich der Projekte weiter veränderten. In der Tat werde es dabei mit den Regionalisierungsmitteln etwas enger. Man habe zwar derzeit immer noch erhebliche Ausgabenreste, aber in den nächsten Jahren würden die sich mit der Realisierung von Projekten deutlich verringern. Man werde auch sehr kritisch prüfen müssen, wie viel Mittel dann für neue Projekte zur Verfügung stünden. Für die Landesregierung sei aber klar, dass die vorrangigen Projekte wie zum Beispiel HVV-Erweiterung oder auch Schleswig-Holstein-Tarif ebenso wie der Ausbau der Infrastruktur der Bahnstrecke Neumünster - Bad Segeberg weiterhin gesichert blieben. Im Rahmen der Haushaltsberatung werde sicherlich Gelegenheit gegeben sein, die einzelnen Titel genauer zu erläutern.

Zum Thema ITF erläutert RL'in Himstedt, dass der ITF mit den kommunalen Aufgabenträgern und mit den Busunternehmen abgestimmt werde. Die Ergebnisse des ITF-Gutachtens würden ja in die Fortschreibung des LNVP einfließen und für die Arbeit am LNVP gebe es einen Lenkungsreis, in dem diejenigen, die mit dem ÖPNV zu tun hätten oder davon tangiert seien, eingebunden seien. Für die Abstimmung zwischen dem LNVP und den regionalen Nahverkehrsplänen komme es auf eine enge Zusammenarbeit mit den kommunalen Aufgabenträgern an. Auch dafür gebe es eine besondere Arbeitsgruppe. Das MWTV wolle versuchen, die Fahrplanverknüpfungen enger zu gestalten, als dies das letzte Mal der Fall gewesen sei. Bezüglich einer Optimierung der Abstimmung der Schülerverkehre mit den Schulanfangszeiten sei zu sagen, dass hier die Einflussmöglichkeiten des Landes nur begrenzt seien, weil über die Schulbeginnzeiten jeweils die Schulkonferenzen entschieden. Man versuche aber nach wie vor, diese Diskussion zu führen, und man werde auch bei der Fortschreibung des ITF und des LNVP darauf achten, dass hier eine optimierte Abstimmung erfolge. Selbstverständlich würden der LNVP und auch die regionalen Verkehrspläne mit den jeweiligen

Verkehrsunternehmen abgestimmt, also sowohl mit den Schienenunternehmen als auch mit den Busunternehmen.

AL Dr. Eggers fährt fort, ITF und LNVP würden praktisch zeitgleich laufen. Die Fortschreibung des LNVP sei für 2002 vorgesehen. Der ITF sei faktisch ein Umsetzungsvorhaben speziell für den SPNV, der aber selbstredend auch mit dem übrigen ÖPNV abgestimmt werden müsse. Die Arbeiten dafür liefen. Der ITF werde Ende 2002 mit der Fahrplanänderung in Kraft treten, also zu einem Zeitpunkt, zu dem man dann auch schon den LNVP haben werde.

Auf anschließende Fragen von Abg. Malerius sowie der Vorsitzenden, Abg. Strauß, im Zusammenhang mit der HVV-Erweiterung erwidert AL Dr. Eggers, der Lenkungskreis werde in einer Sitzung am 16. Juli darüber entscheiden, welche Variante aus dem Vorschlag der Gutachter umgesetzt werden solle. Die Varianten unterschieden sich, was auch die finanziellen Auswirkungen betreffe, nicht so sehr, wie man das zunächst erwartet habe. Ein schwieriger Punkt in der Entscheidungsfindung sei noch die Einnahmenaufteilung. Für das Land sei dabei ein Eckpunkt, dass eine belastungsneutrale Einnahmenaufteilung für das Erweiterungsgebiet vorgesehen werde. Darüber hinaus habe man vor, in den Verhandlungen mit den Partnern - also sowohl mit den schleswig-holsteinischen Landkreisen im Randgebiet von Hamburg wie auch mit Hamburg selbst - eine Verständigung über bestimmte Eckpunkte zu erzielen. Sollten sich dann im HVV-Verkehr sozusagen Parallelverkehre abspielen, müssten konkurrierende Angebote aufeinander abgestimmt werden. Es sei dann auch Sache der Aufgabenträger, ob sie zum Beispiel einen parallel laufenden Bus bestellten und bezahlten oder ob nicht zum Beispiel die AKN-Züge besser ausgelastet werden sollten. Hier habe man allerdings noch nicht das Verfahren, dass die AKN-Verkehre bestellt würden, sondern dies seien zurzeit noch eigenwirtschaftliche Verkehre und der Ausgleich erfolge über den Ausgleich des Defizits.

Abg. Eichelberg spricht im Folgenden an, dass die Fahrpläne von der Bundesbahn verändert worden seien, jedoch nicht mit den regionalen Busverkehren abgestimmt worden seien. Dies habe zu eklatanten Problemen geführt, und zwar gerade im Kreis Stormarn. Des Weiteren möchte Abg. Eichelberg wissen, ob im Rahmen der Verhandlungen auf Ausweitung des HVV-Gebietes aus Sicht des Landes darauf gedrängt werde, dass die AKN nun auch Durchfahrtsrechte zum Hamburger Hauptbahnhof erhalten werde. Schließlich fragt Abg. Eichelberg, ob man im Rahmen der für den 12. Juli vorgesehenen Anhörung zur HVV-Gebietserweiterung eine Auflistung darüber erhalten könne, welche Aufgaben heute aus Regionalisierungsmitteln bezahlt würden und welche Verpflichtungen aus den Entscheidungen, die getroffen worden seien, für die Zukunft bestünden. Dabei sollte dann auch das Ergebnis der Untersuchungen darüber mitgeteilt werden, welche Strecken wieder eröffnet werden könnten.

AL Dr. Eggers erwidert, dass es für die Abstimmung der Fahrpläne regionale Fahrplankonferenzen gebe. Insofern könne er es sich nicht erklären, dass offenbar der Fahrplan für einen Busverkehr nicht besser mit dem Fahrplan der Bahn abgestimmt worden sei. In solchen Fällen sei er aber für Hinweise auf Probleme - wie hier im Kreis Stormarn - dankbar. Bezüglich der Durchfahrt bis zum Hamburger Hauptbahnhof verweist AL Dr. Eggers auf das in den Fahrzeugen der AKN begründet liegende Problem. Man werde zunächst sicherlich erreichen, dass zu bestimmten Anlässen eine Durchfahrt zum Hamburger Hauptbahnhof möglich sein werde. Es werde jedoch schwieriger sein, eine weitergehende regelmäßige Fahrt zu erreichen, weil hierzu noch sicherlich länger dauernde Abstimmungen mit dem Aufgabenträger des Schienenpersonennahverkehrs in Hamburg erforderlich sein würden. Aber entsprechende Gespräche mit Hamburg würden geführt. Was den Einsatz von Regionalisierungsmitteln aufgrund künftiger Verpflichtungen angehe, müsse er, AL Dr. Eggers, darauf hinweisen, dass die Landesregierung zunächst über den Haushalt 2002 zu entscheiden habe, aber für welche Zweckbestimmung letztlich die Mittel in welchem Rahmen zur Verfügung gestellt würden, werde im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Landeshaushalts durch das Parlament entschieden.

Im Folgenden spricht sich die Vorsitzende, Abg. Strauß, ebenfalls nachdrücklich für das Erfordernis der Durchfahrt der AKN bis zum Hamburger Hauptbahnhof aus und erwartet, dass im Rahmen der Verhandlungen über die HVV-Erweiterung die Solidarität mit Hamburg nicht immer nur eine Einbahnstraße sei, sondern dass Hamburg hier auch die schleswig-holsteinischen Interessen berücksichtige. - Im Ausschuss besteht Einvernehmen, dass über diesen Punkt auch im Rahmen der Anhörung am 12. Juli gesprochen werden soll.

Abg. Schröder legt in diesem Zusammenhang Wert darauf, dass dann auch thematisiert werden müsse, inwieweit seine Information zutreffe, dass es nicht so sei, dass sich Hamburg gegen diese Durchfahrt sträube, sondern dass das eigentliche Problem in den Kapazitäten des Hamburger Hauptbahnhofs lägen, weitere Zugbewegungen unterzubringen. Wenn dieses Argument stimme, könne ja auch einmal die Frage geprüft werden, inwieweit es möglich sei, das Umsteigen auf dem Bahnhof Eidelstedt zu erleichtern. Auch dies wäre im Ergebnis ja schon eine Qualitätssteigerung.

Die Ausschussmitglieder erklären an dieser Stelle ihre Beratungen über die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 15/531, für abgeschlossen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Bahnpolitisches Konzept der Landesregierung für das Land
Schleswig-Holstein**

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/971

(überwiesen am 31. Mai 2001)

Mit der Aufnahme des Änderungsvorschlages von Abg. Eichelberg, dass das Konzept in der 15. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages schriftlich dargelegt werden solle, und der Annahme der Änderungsvorschläge von Abg. Hentschel, im Buchstaben e) einen weiteren Punkt anzuhängen: „Wie wird das Land den Weiterbetrieb der Nebenstrecken und Anschlussgleise sicherstellen?“, und einen neuen Buchstaben k) mit der Formulierung aufzunehmen: „Wie würde sich die Einführung einer Straßenmaut für Güterverkehr auf den Schienengüterverkehr auswirken?“, empfiehlt der Wirtschaftsausschuss dem Plenum des Landtages einstimmig, den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/971, in dieser veränderten Fassung anzunehmen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

a) Entwurf eines Gesetzes zur Vergabe von öffentlichen Aufträgen im Land Schleswig-Holstein (Landes-Vergabegesetz)

Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW
Drucksache 15/957

(Verfahrensfragen)

b) Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 15/958

c) Auftragsvergabe

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1009

hierzu: Umdruck 15/1197

(überwiesen am 31. Mai 2001 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Innen- und Rechtsausschuss)

In einer einvernehmlich geführten Aussprache kommen die Ausschussmitglieder überein, zum Entwurf eines Landes-Vergabegesetzes sowie zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen eine mündliche Anhörung durchzuführen. Über den Kreis der Anzuhörenden soll am Rande der bevorstehenden Plenartagung zwischen den wirtschafts- und verkehrspolitischen Sprechern der Fraktionen Einvernehmen erzielt werden.

Zum Antrag der Fraktion der CDU zur Auftragsvergabe, Umdruck 15/1197, wird die Absicht formuliert, diesbezüglich zu einem interfraktionell getragenen Antrag zu kommen und dem Landtag zur Beschlussfassung vorzulegen. - Unter der Prämisse, dass dieser interfraktionelle Antrag erarbeitet werden wird, spricht der Ausschuss einstimmig die Empfehlung an den Landtag aus, den Antrag Drucksache 15/1009 für erledigt zu erklären.

Des Weiteren besteht Einvernehmen darüber, in die zuvor vereinbarte Anhörung zu den Drucksachen 15/957 und 15/958 auch den dann vom Plenum verabschiedeten interfraktionellen Antrag zur Auftragsvergabe mit einzubeziehen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Schwarzarbeit in Schleswig-Holstein

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP
Drucksache 15/960

(überwiesen am 31. Mai 2001 zur abschließenden Beratung)

Ohne weitere vertiefte Aussprache erklären die Ausschussmitglieder ihre Beratungen über die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD, Drucksache 15/960, für abgeschlossen.

(Zur Fortsetzung der Anhörung zum Komplex Bio- und Gentechnik in gemeinsamer Sitzung mit dem Umweltausschuss unterbricht der Wirtschaftsausschuss seine Beratungen von 10:00 Uhr bis 11:20 Uhr)

Punkt 12 der Tagesordnung:

a) Tätigkeit der Technologiestiftung Schleswig-Holstein 1999

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/326

hierzu: Umdruck 15/1221

(überwiesen am 19. Oktober 2000 zur abschließenden Beratung)

**b) Präsentation des Arbeitsprogramms der TSH durch den
Direktor, Herrn Prof. Dr. Block**

hierzu: Umdruck 15/1221

Der Direktor der TSH, Prof. Dr. Block, führt die Ausschussmitglieder zunächst in die Aufgaben der TSH sowie in deren Arbeit in den nächsten Jahren ein und erläutert darüber hinaus den am 27. April d.J. vom Stiftungsrat der TSH verabschiedeten Jahresarbeitsplan mit den Schwerpunkten der Arbeit in den Jahren 2001 und 2002 (Umdruck 15/1221)

In der folgenden Aussprache erwidert Prof. Dr. Block auf eine Frage von Abg. Eichelberg nach eventuellen Plänen zur Zusammenlegung von Technologie- und Energiestiftung, dass auch die TSH davon gelesen habe; man habe aber auch gelesen, dass es sich hierbei zunächst um eine Frage der Prüfung handele. Eine Entscheidung sei noch nicht getroffen worden. Er glaube auch, dass bei der Prüfung dieser Frage rationale Argumente verfangen und dass die TSH in einen solchen Prozess eingeschaltet werde. Er, Prof. Dr. Block, sehe jedenfalls dann, wenn man die Technologiestiftung und die Energiestiftung nebeneinander stelle, in den Aufgaben fast keine Überlappungen. Eine Überlappung bestehe am ehesten mit der Technologie-Transfer-Zentrale, die eine Tochter der TSH sei.

Abg. Müller hält fest, dass auch nach seinem Verständnis die Stiftung keine Einrichtung zur Mittelbeschaffung für Hochschulen sei, sondern dass sie - wie es auch dem Jahresarbeitsplan zu entnehmen sei - mit ihren Projekten den Kompetenzaufbau in mittel- und längerfristig für die Wirtschaft relevanten Forschungs- und Technologiefeldern zu unterstützen habe. Abg. Müller möchte wissen, wie die TSH diesen Bedarf jeweils ermittele und was dafür getan werde, um zu evaluieren, inwieweit die Wirtschaft diese Angebote tatsächlich annehme und sie auch abfordere. Eine weitere Frage von Abg. Müller betrifft die Kooperation mit der ttz. Er möchte wissen, welche unterstützenden Maßnahmen die TSH im letzten Jahr in Bezug auf die

ttz ergriffen habe. Schließlich spricht er die Aussage von Prof. Dr. Block an, dass der Bereich IuK an Bedeutung verlieren werde. Er, Abg. Müller, glaube dies nicht, weil es sich hier um eine Querschnittsaufgabe handele, die in den nächsten Jahren nach wie vor wohl die größte gesellschaftspolitische Relevanz haben werde. Dabei sei auch zu sehen, dass die Simulationstechnik in den nächsten Jahren für den Bereich von Qualifizierung wohl die entscheidende Schlüsseltechnologie sein werde.

Prof. Dr. Block erwidert, dass es nach seiner Auffassung ein diskutiver Prozess sein müsse zu entscheiden, welche Projekte für das Land wichtig seien. Dabei sei die Stiftung mit ihren Organen sowie dem Direktor und den Mitarbeitern nur ein Teil. Entscheidend sei der Diskurs mit Fachleuten auch über Schleswig-Holstein hinaus. Am Ende müssten dann Projektentscheidungen getroffen werden. Er glaube nicht, dass es eine optimale vorhersehbare Entscheidung für eine bestimmte Technologie gebe. Bezüglich der Informations- und Kommunikationstechnik habe er auf das abgestellt, was die Stiftung vor allen Dingen mit dem Bewusstseinsförderungsprogramm RISI gemacht habe, nämlich mit dazu beizutragen, dass im Land eine Akzeptanz für Informations- und Kommunikationstechnik vorhanden sei, dazu beizutragen, dass es auch Anwendungen von E-Learning bis E-Commerce gebe. Hier habe er nun den Eindruck, dass man in den nächsten Jahren nicht mehr mit den Ressourcen wie bisher weitermachen müsse. Für ihn, Prof. Dr. Block, komme es in den nächsten Jahren ganz entscheidend darauf an, dass die Integration der IuK-Technik in durchaus traditionelle Techniken erfolge. Da sei Simulation ein Beispiel, die eine sehr mächtige Technologie beispielsweise für den Bereich der Konstruktionstechnik sei. Man müsse alles daran setzen, dass dort, wo in den Firmen und in den Hochschulen des Landes Konstruktionstechnik stattfindet, dies mit den modernsten Technologien geschehe. Am Ende möge hier unter Umständen sogar ein Aktionsprogramm herauskommen und es könne sein, dass der Bereich Simulation ebenso wie Bildverarbeitung in den nächsten Jahren einen großen Anteil am Programm der TSH haben werde. Insofern sehe er hier keinen Widerspruch zu der Auffassung von Abg. Müller.

Zur Kooperation mit der ttz führt Prof. Dr. Block sodann aus, dass er in seiner bisher sechsmonatigen Amtszeit einen Bewilligungsbescheid für die ttz erteilt habe, und zwar für das Servicebüro für die Informationsgesellschaft. Zurzeit diskutiere man, ob es im Bereich der Biotechnologie, in dem es eine Förderung des Wirtschaftsministeriums gebe und bei dem in der ttz ein Förderprogramm laufe, weiteren Handlungsbedarf gebe. Hier sollte dafür gesorgt werden, dass das gute Netz zwischen Wirtschaft und Wissenschaft, das durch die ttz aufgebaut worden sei, nicht wieder reiße. Wenn sich das Wirtschaftsministerium in den nächsten Jahren im Bereich der Biotechnologie vielleicht einmal etwas zurückhalten müsse, werde die TSH überlegen, was man hier tun könne. Zusammenfassend könne er nur unterstreichen, dass die Abstimmung mit der ttz sehr eng sei.

Die Mittel, die dadurch frei würden, dass sich die TSH aus den Beteiligungen mit den Fachhochschulen zurückziehen wolle - so eine Frage von Abg. Schmitz-Hübsch -, beziffert Prof. Dr. Block mit rund 50.000 DM.

Abg. Müller erklärt, dass es ihm bei seiner Frage nach der Kooperation mit der ttz auch darum gegangen sei, welche Auftragsvolumina, welche Geldmittel möglicherweise durch die ttz abgewickelt würden. Des Weiteren habe er schon als Mitglied des Stiftungsrates gefordert, dass der Stiftungsrat an dem von Prof. Dr. Block beschriebenen Diskurs beteiligt werde. Dies sei bisher nicht erfolgt. Zudem sei keine Information über die Ergebnisse des Dialogs erfolgt. Ihm, Abg. Müller, sei es sehr wichtig zu erfahren, was die regionalen Investitionsberater tatsächlich an Anforderungen aus der Wirtschaft für ihre Arbeit mitnähmen. Hierüber hätte er gern einen Bericht, der dann, wenn er nur dem Stiftungsrat vorgelegt werde, dem Parlament so nicht zugänglich sei. Aus diesem Grunde rege er, Abg. Müller, an, dass auch der Wirtschaftsausschuss einen solchen Bericht erbitte.

Prof. Dr. Block erklärt, dass man über einen solchen Bericht gern reden könne. Wenn über die Bilanz des Jahres 2000 gesprochen werde sowie über Aufträge an die ttz im Jahre 2000, so handele es sich dabei um einen Verantwortungszeitraum, in dem er, Prof. Dr. Block, noch nicht zuständig gewesen sei. Er, Prof. Dr. Block, habe den Eindruck, dass die ttz in den letzten Jahren bei dem Wachstum ihrer Aufgaben nicht den dringenden Bedarf gehabt habe, weitere Projekte durchzuführen. Die ttz sei in den letzten Jahren durch Aufträge, die sie beispielsweise vom Wirtschaftsministerium bekommen habe, durch die Abwicklung der Förderprogramme, die sie für das Wirtschaftsministerium durchgeführt habe, rasch gewachsen. Er sehe nicht, dass es dort ganz dringende Fragen gebe, bei denen es notwendig gewesen wäre, seitens der TSH die ttz zu beauftragen. Wie das in den nächsten Jahren aussehen könne, habe er, Prof. Dr. Block, soeben zum Bereich Biotechnologie ausgeführt; das könne sich dann anders darstellen. Schon jetzt sehe es beim Servicebüro anders aus, bei dem die TSH zusammen mit Wirtschaftsministerium in die Finanzierung eingestiegen sei.

Zum Transferprozess weist Prof. Dr. Block sodann darauf hin, dass das Problem weniger die regionalen Investitionsberater seien, sondern das Problem sei der Kommunikationsprozess mit den Hochschulen, der nur begrenzt über die Forschungsbeauftragten funktionieren könne. Manche Hochschulen hätten aus finanziellen Gründen gar keinen Forschungsbeauftragten, andere Hochschulen seien so groß, dass selbst zwei Forschungsbeauftragte diese Arbeit nicht leisten könnten. Hier sehe er einen permanenten Bedarf, Kommunikation zu gestalten. Dies sei mit Aufgabe der TSH. Wenn man hier über Optimierungen spreche, dann sollte das jedoch nicht auf den Punkt der regionalen Investitionsberater eingengt werden, sondern dann sollte dieser dritte Partner mit hineingenommen werden, was auch für September vorgesehen sei.

AL Lücke stellt im Folgenden noch einmal heraus, dass ttz und TSH auf unterschiedlichen Ebenen agierten und klar unterschiedliche Aufträge hätten. Aber auch das Wirtschaftsministerium sehe im Rahmen der Arbeit durchaus Synergiepotenziale und habe deshalb beide Institutionen immer ermutigt, darauf zu achten, wo man möglicherweise zusammenarbeiten könne, wo man unter Umständen auch durch das Bündeln von Ressourcen Kosten sparen könne. Dies betreffe zum Beispiel verwaltungstechnische Bereiche. In der Tat könne es dabei in der Vergangenheit durchaus Defizite gegeben haben, wie zum Beispiel Informationen, die die regionalen Investitionsberater aufgenommen hätten, in die entsprechenden Gremien gelangt seien. Durch eine neue inhaltliche Konzeption der Zusammenarbeit, der Vernetzung der regionalen Investitionsberater innerhalb der ttz und durch die verstärkte Zusammenarbeit mit der TSH - Verknüpfung der Vertreter in den Gremien, regelmäßiger Informations- und Erfahrungsaustausch - sei inzwischen ein Informationsfluss ermöglicht worden, bei dem die Stiftung auf die Erkenntnisse der regionalen Investitionsberater zurückgreifen könne und umgekehrt.

Abg. Müller erbittet an dieser Stelle noch einmal einen Bericht darüber, wie dieser Informationsaustausch konkret erfolge. - Die Vorsitzende, Abg. Strauß, stellt fest, dass der Ausschuss diesen Wunsch von Abg. Müller aufnehme.

Die Vorsitzende spricht sodann die Materialwissenschaften und auch die Simulationstechnik an, die beide von zukunftsreicher Bedeutung seien, und stellt fest, dass es in Schleswig-Holstein kein großes Potenzial an Unternehmen gebe, die Forschung und Entwicklung betreiben. Insofern gehe es ihr hierzu um die Frage des Transfers und der Kommunikation aus der Interessenlage der Wirtschaft heraus mit der Wissenschaft, den Hochschulen, um Potenziale zu verstärken.

Prof. Dr. Block bestätigt, dass es richtig sei, dass es in Schleswig-Holstein so gut wie keine Industrie gebe, in der klassische Metallurgie, klassische Materialwissenschaften gefragt seien. Hier habe die Förderung durch die Stiftung eher zum Beispiel bei dünnen Materialschichten gelegen, die von der Elektronikindustrie oder der Halbleiterindustrie nachgefragt würden. Dies sei zum Beispiel im Raum Itzehoe ein Thema und man habe einige Unternehmen im Land, für die die Dünnschicht- oder Dickschichttechnologie relevant sei. Wenn hier konkrete Projekte gefördert worden seien, so sei diese auch immer von der Industrie in Schleswig-Holstein begleitet gewesen. Es handele sich dabei zwar nicht um viele Fälle, sodass man nicht davon sprechen könne, dass das für die schleswig-holsteinische Wirtschaft charakteristisch wäre, aber hier bestehe womöglich ein Potenzial, das in der Zukunft eine größere Bedeutung bekommen könnte.

Mit der Kenntnisnahme des Berichts der Landesregierung zur Tätigkeit der Technologiestiftung Schleswig-Holstein 1999, Drucksache 15/326, erklären die Ausschussmitglieder ihre Beratungen insoweit für abgeschlossen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Situation der Außenhandelswirtschaft in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/812 (neu)

(überwiesen am 10. Mai 2001 zur abschließenden Beratung)

Abg. Eichelberg weist einleitend darauf hin, dass in dem Bericht der Landesregierung die Aussage enthalten sei, dass ein Konzept für die Außenhandelswirtschaft im Frühjahr 2001 vorgelegt werden solle. Dieses Konzept sei ihm bisher noch nicht bekannt und er wolle gern wissen, welche Inhalte und Schwerpunkte das Konzept habe und welche Mittel in 2001 für die Förderung der Außenhandelswirtschaft zur Verfügung stünden.

AL Lücke erwidert, dass das neue Außenwirtschaftskonzept noch nicht vorliege. Hierzu befinde man sich noch in einem intensiven internen Diskussionsprozess. Eine Arbeitsgruppe habe erste Entwürfe eines Konzeptes noch einmal einer kritischen Würdigung unterzogen und im Augenblick bestehe die Vorstellung, dass das Ministerium bis um Ende der Sommerpause so weit mit den Arbeiten fertig sei, dass Inhalte konkret vorgetragen werden könnten. Schwerpunkte des Konzeptes ergäben sich daraus, dass das Wirtschaftsministerium schon der Meinung sei, dass sich die klassische Außenwirtschaftsförderung, die im Wesentlichen darin bestanden habe, dass man kleine und mittlere Betriebe zum Beispiel für Messen mit Geldbeträgen unterstützt habe, möglicherweise in diesem Umfang überholt habe, und dass es darum gehe, jetzt zu sehen, welche neuen Instrumente gefordert seien, um der gewachsenen Bedeutung der Außenhandelswirtschaft - dies gelte gerade auch für ein Land wie Schleswig-Holstein - Rechnung zu tragen. Dabei werde sicherlich die Messenförderung noch ein Element sein, aber vermutlich nur noch eines einer Reihe anderer Elemente, angefangen von der Frage, wie es in Zukunft mit einem entsprechenden Internetauftritt für Außenwirtschaftsaktivitäten des Landes aussehen müsse, über die Frage, welche Verknüpfungen mit den Partnerregionen Schleswig-Holsteins sinnvoll und realistisch seien, bis zur Frage, welche zusätzlichen Beratungsleistungen seien gefordert.

AL Lücke fährt fort, in diesem Jahr stünden ansatzmäßig für die Außenhandelswirtschaft 750.000 DM zur Verfügung. Im Rahmen des Nachtragshaushaltes werde davon aber noch einmal eine Summe von 100.000 DM infrage gestellt, sodass man intern von 650.000 DM ausgehe, die in 2001 ausgegeben werden könnten. Ein wesentlicher Teil davon sei inzwischen natürlich schon verausgabt worden. Zu den regionalen Schwerpunkten wolle er, AL Lücke, an

dieser Stelle auf die erfolgreiche Reise des Wirtschaftsministers nach Polen verweisen und darüber hinaus verdienten sicherlich die neuen EU-Beitrittskandidaten im östlichen Bereich erhöhte Aufmerksamkeit. Daneben blieben die USA und die Pflege der Partnerschaftsbeziehungen zu den beiden Provinzen in China und in Japan auf der Agenda.

Abg. Eichelberg kritisiert, dass entgegen den Bestrebungen, die Außenhandelswirtschaftsmittel wieder auf ein vernünftiges Niveau von 1,15 Millionen DM zu bringen, mit den nunmehr zur Verfügung stehenden rund 650.000 DM eine Außenhandelswirtschaftsförderung möglich sei, die dieses Wort gar nicht mehr verdiene.

Abg. Müller betont, dass es hier nicht um 100.000 DM mehr oder weniger gehen könne, sondern es gehe um viel mehr, nämlich darum, welche Struktur das Land in die Außenhandelswirtschaft bekomme. Dabei gehe es auch um die interne Struktur im Ministerium, gehe es darum, welche Funktion die Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landes habe und welche Rolle die Außenhandelskammern in Zukunft spielen sollten.

Die Ausschussmitglieder schließen mit der Kenntnisnahme des Berichts der Landesregierung die Beratung der Vorlage ab.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Metropolregion Hamburg

Bericht der Landesregierung

Drucksache 15/905

(überwiesen am 11. Mai 2001 an den Agrarausschuss, den Wirtschaftsausschuss und den Umweltausschuss zur abschließenden Beratung)

Mit der von Abg. Eichelberg formulierten Erwartung, dass der Wirtschaftsminister in einer der nächsten Sitzungen einen Bericht darüber geben werde, welche Aktivitäten und Akzente in der Zusammenarbeit nunmehr konkret angegangen und umgesetzt werden sollten, und mit der Kenntnisnahme des Berichts der Landesregierung, Drucksache 15/905, erklären die Ausschussmitglieder an dieser Stelle die Beratung der Vorlage für abgeschlossen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Wirtschaftsbericht 2001

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/920

(überwiesen am 11. Mai 2001 zur abschließenden Beratung)

Mit der Kenntnisnahme der Vorlage schließen die Mitglieder die Beratung des Wirtschaftsberichtes 2001 ab.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Privatfinanzierung der Elbquerung

Bericht der Landesregierung

Drucksache 15/907

(überwiesen am 11. Mai 2001 zur abschließenden Beratung)

Abg. Schmitz-Hübsch fragt nach möglichen neueren Entwicklungen seit dem Zeitpunkt der Vorlage des Berichts der Landesregierung. - RL Richter erwidert, dass der Bericht das wiedergebe, was zum jetzigen Zeitpunkt, zu dem Ergebnisse über die Lage der Elbquerung noch nicht vorlägen, leistbar gewesen sei. So sei auch die Frage der Länge der Tunnel und damit der Kostengröße derzeit noch offen. Diese Daten würden sich aber gegenüber der verkehrswirtschaftlichen Untersuchung verändern.

Mit der Kenntnisnahme des Berichtes der Landesregierung, Drucksache 15/907, erklären die Ausschussmitglieder die Beratung der Vorlage für abgeschlossen.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Terminplanung

hierzu: Umdruck 15/1088 (neu)

Die Ausschussmitglieder stimmen der überarbeiteten Terminplanung, Umdruck 15/1088 (neu), grundsätzlich zu. Ein in den Terminplan noch nicht aufgenommenes Datum für die Durchführung der Anhörung zum Landes-Vergabegesetz soll am Rande der bevorstehenden Landtagstagung gefunden werden.

Zu Punkt 11 der Tagesordnung, **Verschiedenes**, liegt nichts vor.

Die Vorsitzende, Abg. Strauß, schließt die Sitzung um 12:55 Uhr.

gez. Roswitha Strauß

Vorsitzende

gez. Manfred Neil

Geschäfts- und Protokollführer